

FREIBERUFLER-TICKER vom 26. November 2021

1. Freie Berufe im Koalitionsvertrag

Am 24. November 2021 legten die Ampel-Parteien ihr Konzept für einen [Koalitionsvertrag](#) vor. Darüber werden nun die Parteigremien nach derzeitiger Planung bis zum ersten Dezemberwochenende befinden. Die Freien Berufe werden adressiert: Im Wirtschaftskapitel ist eine Passage überschrieben mit „Mittelstand, Handwerk und Freie Berufe“. Darin heißt es: „Unsere Wirtschaftspolitik setzt auf zukunftsorientierte Rahmenbedingungen für einen wettbewerbsfähigen Mittelstand, für ein starkes Handwerk und für Freie Berufe.“ Ebenso werden die Freien Berufe im Kapitel zu „Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt“ erwähnt. Darin heißt es: „In den Mitgliedstaaten haben sich insbesondere bei freien Berufen unterschiedliche Systeme von Leistungserbringung, Selbstverwaltung und Selbstkontrolle herausgebildet. Diese Unterschiede gilt es bei Rechtsakten der EU zu berücksichtigen.“ Aus Sicht des BFB wertvolle Bekenntnisse zu den deutschen Freien Berufen und ihrem System. Auch die berufsständischen Versorgungswerke werden, zwar nicht direkt genannt, aber dennoch anerkannt. In der Passage zur Absicherung Selbstständiger heißt es: „Wir werden für alle neuen Selbstständigen, die keinem obligatorischen Alterssicherungssystem unterliegen, eine Pflicht zur Altersvorsorge mit Wahlfreiheit einführen.“

2. BFB-Präsidium formuliert Corona-Appell der Freien Berufe

Unter der Überschrift „[Vertrauen, Verlässlichkeit und Verhältnismäßigkeit! Corona-Appell der Freien Berufe an die Politik!](#)“ positionierte sich der BFB im November 2021 zur aktuellen Corona-Lage, zu ihrer medizinischen und wirtschaftlichen Folgenbekämpfung über die aktuellen politischen Entscheidungen hinaus und stellt besonders die Belange und Leistungen der Freien Berufe in den Mittelpunkt.

3. BFB-DATEV-Digital-Kongress

Am 23. November startete in Kooperation mit der DATEV in digitaler Form die BFB-Konferenz zur Digitalisierung. Unter dem Titel „digital2gether“ sprachen 12 exklusive Experten aus der deutschen und europäischen Politik, aus der Welt der Wissenschaft, der Startup-Gründer und aus dem Herzen der Freien Berufe (ABDA, BÄK, BFB, BNotK, bpt, BvD). Sie gaben exklusive Einblicke in den Stand der Digitalisierung und neue digitale Modelle in den Freien Berufen. Die Konferenz bot Orientierung zu den entscheidenden Fragen, wie die Prinzipien und Werte der Freien Berufe digital übertragen werden können, wie die Freien Berufe sich Patienten-, Mandanten-, Klienten- und Kunden-Nähe nicht aus der Hand nehmen lassen, sondern digital sogar intensivieren können.

Zu den Sprechern gehörten unter anderen Mohammadi Akhabach, Gründer, Business Angel, Investor & CEO; Dr. Rudolf Gridl, Ressort-CIO, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie; Professor Michael Huth, Chief Research Officer & Mitgründer Xayn sowie Head of Department of Computing am Imperial College London; Dr. Robert Mayr, CEO der DATEV; Paul Nemitz, Hauptberater in der EU-Kommission – Generaldirektion Justiz und Verbraucherschutz und BFB-Präsident Friedemann Schmidt. Die Rückmeldungen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die den Erkenntnisgewinn vor allem durch den Austausch der Freiberuflerinnen und Freiberufler untereinander adressierten, ermutigen zur Fortsetzung des neuen BFB-Formats „webconvention“. (Präsentationen und Videomaterial werden wir in der kommenden Woche sukzessive einstellen: diese werden dann einer Kurzmeldung hier zu finden sein: <https://www.freie-berufe.de/aktuelles/>).

4. BFB im SES-Kuratorium

Der BFB ist jetzt im Kuratorium des [Senioren Experten Service](#) – Stiftung der deutschen Wirtschaft für internationale Zusammenarbeit (SES) vertreten. BFB-Hauptgeschäftsführer Peter Klotzki wurde am 18. November 2021 in das Gremium gewählt. Der BFB wirkte bislang in einer der Säulen des SES, der Initiative zur Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen (VerA) mit. Der SES will sich künftig noch stärker der Fachkräftesicherung widmen, ein für die Freien Berufe immer wichtigeres Thema. Initiiert wurde der SES im Jahre 1983 vom Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), weitere Verbände, die im Kuratorium vertreten sind, sind die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), finanzieller Träger ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ).

5. Überbrückungshilfe III Plus und Neustarthilfe Plus erneut verlängert

Für Unternehmen wird das bewährte und aktuell geltende Instrument der Überbrückungshilfe III Plus als Überbrückungshilfe IV für die Monate Januar bis Ende März 2022 fortgeführt. Ebenso wird die aktuell geltende Neustarthilfe Plus für Selbstständige für die Monate Januar bis Ende März 2022 fortgeführt. Das geht aus einer [Pressemitteilung](#) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vom 24. November 2021.

6. Verlängerung Kurzarbeitergeld

Mit der Verordnung über die Bezugsdauer und Verlängerung der Erleichterungen der Kurzarbeit (Kurzarbeitergeldverlängerungsverordnung - KugverlV) wird die Möglichkeit, die maximale Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes von bis zu 24 Monaten nutzen zu können, für weitere drei Monate bis zum 31. März 2022 verlängert, wie das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in seiner [Pressemitteilung](#) mitteilte. Zusätzlich werden auch die Erleichterungen und Sonderregelungen für den Bezug des Kurzarbeitergeldes bis zum 31. März 2022 verlängert. Die bisherige vollständige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge wird dabei auf die Hälfte reduziert. Die Zahl der Beschäftigten, die im Betrieb vom Arbeitsausfall betroffen sein müssen, bleibt von mindestens einem Drittel auf mindestens zehn Prozent abgesenkt. Auf den Aufbau negativer Arbeitszeitsalden vor der Gewährung von konjunkturellem Kurzarbeitergeld und Saison-Kurzarbeitergeld wird weiter verzichtet. Die Änderungen treten mit Wirkung vom 1. Januar 2022 in Kraft und mit Ablauf des 31. März 2022 außer Kraft.

7. Demografische Entwicklung lässt Arbeitskräfteangebot stark schrumpfen

Die Zahl der Erwerbspersonen, die dem Arbeitsmarkt potenziell zur Verfügung stehen, sinkt langfristig aufgrund des fortschreitenden demografischen Wandels. Selbst bei einer steigenden Erwerbsquote der Frauen und der Älteren sowie einer jährlichen Nettozuwanderung von 100.000 Personen wird sie von 47,4 in 2020 auf voraussichtlich 44,4 Millionen zurückgehen. Nur mit einer jährlichen Nettozuwanderung von 400.000 Personen bliebe das Arbeitskräfteangebot bis 2060 nahezu konstant. Das geht aus einer am 23. November 2021 veröffentlichten [Studie](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Demografisch bedingt nimmt das sogenannte Erwerbspersonenpotenzial ohne Zuwanderung bis 2035 um 7,2 Millionen, bis 2060 sogar um insgesamt 16 Millionen Arbeitskräfte ab.

8. Kabinett beschließt Rentenversicherungsbericht 2021

Das Bundeskabinett beschloss am 24. November 2021 den [Rentenversicherungsbericht 2021](#), worüber das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in einer [Pressemitteilung](#) berichtete. Gemäß ihrer gesetzlichen Verpflichtung informiert die Bundesregierung mit dem jährlichen Bericht im November über die Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Festgestellt wird aktuell unter anderem, dass für Ende 2021 eine Nachhaltigkeitsrücklage von 37,2 Milliarden Euro geschätzt wird. Damit bleibt die Rücklage stabil beziehungsweise steigt leicht um rund 100 Millionen Euro. Der Beitragssatz bleibt in den beiden kommenden Jahren bei 18,6 Prozent; im Jahr 2024 steigt der Betrag auf 19,5 Prozent und im Jahr 2025 auf 19,7 Prozent und bleibt damit unterhalb der bis 2025 geltenden Haltelinie von 20 Prozent. Im kommenden Jahr sei mit einer deutlichen Rentenanpassung zu rechnen. Das Sicherungsniveau vor Steuern beträgt derzeit 49,4 Prozent, steigt in den Folgejahren zunächst an und beträgt im Jahr 2025 49,2 Prozent. Längerfristig werden sich Beitragssatz und Sicherungsniveau im Rahmen der gesetzlichen Grenzwerte bewegen, berichten die Experten.

9. OECD-Studie über Ungleichheit

Laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) macht sich eine Mehrheit der Menschen überall in OECD-Ländern Sorgen über eine zu große wirtschaftliche und soziale Ungleichheit und einen Mangel an Aufstiegschancen im eigenen Land. Dies zeigt die OECD-Studie [Does Inequality Matter?](#), die Ende vergangener Woche vorgestellt wurde. So gehören Österreich und Deutschland zu den Ländern, in denen es viele Menschen als besonders schwierig erachten, aus der Armut der eigenen Familie auszubrechen. In [Deutschland](#) (siehe Seiten 21 bis 23) ist die Auffassung weit verbreitet, dass über die Generationen hinweg hartnäckige Einkommensgefälle weiterbestehen.